

Klaus J. Bade: Wir brauchen einen Extremismusbeauftragten in der Regierung

Gepostet am 25. MAI 2013 von LEO BRUX 6 COMMENTS



Extremisten sind Spalter.

Sie versuchen, einen Teil des Volkes (nach Möglichkeit die Mehrheit) gegen einen anderen Teil des Volkes (in der Regel eine Minderheit) aufzuhetzen.

Manche greifen dabei zur Gewalt, zu kriminellen, terroristischen Mitteln.

Die Gesellschaft tut gut daran, bei allen Spannungen, die zwischen verschiedenen Interessensgruppen herrschen mögen, das Grundvertrauen der Gruppen untereinander zu fördern.

Etwa zwischen den Einwanderern und der Aufnahmegesellschaft.

Beginnend mit der rot-grünen Koalition 1998, fortgesetzt durch die schwarz-gelbe Koalition, bemühen sich unsere Regierungen seither, solches Grundvertrauen zu fördern – nicht immer konsequent zwar, aber immerhin im Ansatz.

Klaus J. Bade schreibt im **MIGAZIN**:

Dieses Bemühen wird von Extremisten auf beiden Seiten als Werteverrat, naives ‚Gutmenschentum‘ oder euphemistische ‚Schönschreiberei‘ attackiert; denn nichts ist für sie lähmender als gesellschaftliches Einvernehmen, Anerkennung durch Teilhabe und die gelebte Akzeptanz kultureller Vielfalt in sozialem Frieden.

Daraus resultiert auch die intentionale Allianz zwischen kulturrassistisch-rechtsextremistischen Islamfeinden einerseits und islamischen Fundamentalisten andererseits. Gemeinsam ist ihnen die Verachtung der vermeintlich aus Schwäche geborenen angeblich ‚multikulturalistischen‘ demokratischen Einwanderungsgesellschaft und das Interesse an deren Destruktion.

Beide extremistischen Seiten hingegen träumen vom Krieg.

Sie versuchen ihn herbeizureden, herbeizuinterpretieren, herbeizuschreiben – gelegentlich greifen sie selbst zur *kriegerischen* Tat.

Sie träumen, wie Bade schreibt, vom Zusammenbruch der Werte und Strukturen, von Konflikten, die in bürgerkriegsähnliche Ausschreitungen ausarten, vom „Gegenterror“ des Staates ...

Jeder Angriff nutzt der Gegenseite, bestätigt sie. So möchte man sich hochschaukeln.

Gegen die *„Ausbreitung solcher extremistisch-sozialparanoiden Vorstellungen“* muss sich die demokratische Einwanderungsgesellschaft wehren. Ihr bürgerschaftliches Engagement sollte nicht allein bleiben.

Bade schlägt deshalb vor:

Bürgergesellschaftliches Engagement in diesem umkämpften Feld sollte auf staatlicher Seite institutionell flankiert werden.

Eine Institution, die sich hier engagiert, müsste strikt überparteilich wirken, weil sie sich mitunter auch mit der als Wählerpotential umworbene Mitte der Gesellschaft anlegen müsste, in der von Kulturangst getriebene islamophobe Vorstellungen grassieren, wie Umfragen immer deutlicher belegen.

Die kleine Behörde der Beauftragten für Migration, Flüchtlinge und Integration im Bundeskanzleramt, die sich vor allem um Integrationsförderung kümmert, könnte hier ein Gestaltungsmuster sein.

Die Idee eines Amtes für eine/n Extremismusbeauftragte/n parallel zum Amt der Integrationsbeauftragten im Bundeskanzleramt stammt von Bundesjustizministerin Leutheusser-Schnarrenberger.

Auf den jährlichen Integrationsgipfeln, auf den Islamkonferenzen u. a. hat man bisher noch nicht auf

*die längst in der Mitte der Gesellschaft angekommenen, für die
Einwanderungsgesellschaft gefährlichen extremistischen Vorstellungen*

reagiert.

Deutschland braucht eine Willkommenskultur und eine Integrationskultur. Der Staat will ausdrücklich beides – er muss seinen Teil dazu beitragen.

Egal wie die Wahl im September ausgehen wird – diese Idee eines Amtes einer/s Extremismusbeauftragten wird bei den darauf folgenden Koalitionsverhandlungen wohl auf die Agenda kommen.